

Nr. 2

Mai 2021

hin sehen

Halbjahresmagazin
der Opferberatung Rheinland

■ **THEMENSCHWERPUNKT**2

Antisemitische Gewalt: Aktualität, Folgen und Herausforderungen für Betroffene

■ **Perspektiven
von Betroffenen**8

■ **Beratung der OBR**12

■ **Rechte Gewalt in NRW**17

■ **Bildungsarbeit der OBR**.....18

■ **Service**20

Antisemitische Gewalt: Aktualität, Folgen und Herausforderungen für Betroffene

Editorial

Liebe Kolleg:innen, Leser:innen und Interessierte,

vor Ihnen liegt die zweite Ausgabe des Halbjahresmagazins namens *Hinsehen* der Opferberatung Rheinland (OBR).

Mit dem Themenschwerpunkt *Antisemitische Gewalt: Aktualität, Folgen und Herausforderungen für Betroffene* möchten wir uns den unterschiedlichen Erscheinungsformen, den Erfahrungen sowie Forderungen von Betroffenen widmen. Nicht zuletzt durch aktuelle Geschehnisse, wie antisemitische Vorfälle auf Covid-Demonstrationen oder Verschwörungstheorien in digitalen Netzen, wird die Kontinuität von Antisemitismus sichtbar. Dabei variieren diese und sind enorm anpassungsfähig, egal wo. Es betrifft alle Teile der Gesellschaft, ob Schule, beim Fußball oder eben auf besagten Demonstrationen. Die Covid-Pandemie zeigt bestehende Probleme und führte keinesfalls dazu, dass weniger Vorfälle passieren. Meldestellen berichten über anhaltend hohe Zahlen und die Verschiebung von Hass ins Nachbarschaftsumfeld sowie dem digitalen Netz. Das alles geht auf Kosten von Betroffenen. Es ist besorgniserregend, wenn Betroffene und Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt sich ungeschützt fühlen und mit ihren Erfahrungen alleine bleiben.

Aufgrund einer Verschiebung des Problems auf „die Anderen“ ist es umso wichtiger, zivilgesellschaftliche Unterstützung zu bieten und Aufklärungsarbeit nicht betroffenen Communities zu überlassen. Aus diesem Grund werden Sie, liebe Leser:innen, innerhalb dieser Ausgabe Einschätzungen zu aktuellen Entwicklungen von unterschiedlichen Expert:innen lesen:

- Clemens Hötzel von SABRA – Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit Beratung bei Rassismus und Antisemitismus stellt jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen dar;
- Florian Hessel, tätig am Lehrstuhl für Sozialtheorie und Sozialpsychologie der Ruhr-Universität Bochum, befasst sich mit der Fragestellung „Was heißt Antisemitismus?“;
- Vertreter:innen der Betroffenen des antisemitischen und rassistischen Anschlags in Halle am 09. Oktober 2019 formulieren den wichtigen Appell, auf die Sicht der Opfer und nicht der Täter zu hören;
- Zeev Reichard, Mitglied der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf, ist im Gespräch über jüdisches Leben im Hier und Jetzt zu lesen;
- sowie Ina Holey und Miriam Yosef von der Initiative Jüdisch & Intersektional plädieren dafür, Rassismuskritik und Antisemitismuskritik zusammenzudenken.

Sie erhalten zudem Einblicke in die Beratungsarbeit der OBR. Lesen Sie, wie Herr Tunsal, ein Beratungsnehmer der OBR, seine Erfahrungen auf antisemitische Vorfällen im Strafvollzug schildert, und erfahren Sie mehr zur Bedeutung der Beratungsarbeit im Kontext gesellschaftlicher Macht- und Ausschließungsverhältnisse sowie zu aktuellen Entwicklungen von rechter, rassistischer, antisemitischer Gewalt in NRW. In unserem Serviceteil informieren wir Sie über lesens- und sehens- wie auch hörens- und sehens- wertige Medientipps und Veröffentlichungen. Außerdem finden Sie eine kleine Auswahl an Bildungsmaterialien sowie Informationsstellen und Hinweise für Betroffene.

Das Magazin der OBR fokussiert unterschiedliche Perspektiven zum Themenschwerpunkt *Antisemitische Gewalt: Aktualität, Folgen und Herausforderungen für Betroffene*. Daher haben die Autor:innen unterschiedliche Verständnisse von Antisemitismus.

Für die zweite Ausgabe möchten wir uns herzlichst für das Vertrauen und die zur Verfügung gestellten Artikel von Initiativen, Aktivist:innen, Betroffenen und externen Autor:innen, für ihre Perspektiven und Worte in dem Magazin *Hinsehen* bedanken!

Solidarische und herzliche Grüße

Das Team der OBR

Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen

Welche Erfahrungen machen Jüdinnen:Juden in Nordrhein-Westfalen (NRW) mit **Antisemitismus**? Wie gehen sie damit um? Wie ist die Stimmung in den Gemeinden und Communitys und wie gestaltet sich das Verhältnis zu Politik und Zivilgesellschaft? Mit diesen und weiteren Fragen wurden im Zeitraum von Juli bis November 2019 insgesamt 59 Jüdinnen:Juden interviewt, um jüdische Perspektiven zum Thema Antisemitismus in NRW erstmals sichtbar zu machen. Die Studie wurde im Auftrag der Antisemitismusbeauftragten des Landes NRW, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, in Kooperation mit der Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit, Beratung bei Rassismus und Antisemitismus (SABRA), der Kölnischen Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, dem Verein zur Förderung demokratischen Bewusstseins (Bagrut e. V.) und dem Bundesverband RIAS durchgeführt. Sie umfasst neben dem Befragungsteil eine quantitative Auswertung polizeilicher Statistiken zu antisemitischen Straftaten, die zivilgesellschaftlich dokumentierten Vorfällen gegenübergestellt und einer kritischen Analyse unterzogen wurden.

► Antisemitismus

„Der Antisemitismus ist das Gerücht über die Juden“, wie Theodor W. Adorno (Minima Moralia, 1951) formulierte. Er beschrieb damit Differenzkonstruktionen und Verschwörungsideologien im Kontext stereotyper Feindbilder „die Juden“. Antisemitismus, der Hass gegenüber „den Juden“, kann sich durch Ablehnungen, Diskriminierungen und antisemitisch motivierte Gewalt bis hin zur Vernichtung von Menschen, die jüdisch markiert werden, und der Leugnung des Holocaust ausdrücken. Auch kann er zu Schändung von jüdisch markierten Orten und Gegenständen sowie zu psychischen und körperlichen Angriffen gegenüber jüdischen und nicht-jüdischen Personen führen. Die von der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) 2016 verabschiedete internationale Arbeitsdefinition von Antisemitismus möchte die Abgrenzung von Antisemitismus und zulässiger Kritik am Handeln der israelischen Regierung und israelbezogenem Antisemitismus klären. Herauszustellen gilt, dass es *die* Definition von Antisemitismus nicht gibt. Weitere Informationen finden Sie hier.

OBR

Erscheinungsformen von Antisemitismus in NRW

Zunächst muss festgehalten werden, dass Antisemitismus auch in NRW eine alltagsprägende Erfahrung für Jüdinnen:Juden darstellt. Alle 59 Befragten konnten konkrete antisemitische Vorfälle schildern, die ihnen selbst widerfahren

sind oder die sich in ihrem persönlichen Umfeld ereignet haben. Eine häufig genannte antisemitische Erscheinungsform ist dabei insbesondere der israelbezogene Antisemitismus, welcher eine Möglichkeit zur weitestgehend sanktionslosen antisemitischen Artikulation darstellt. In Bezug auf diesen Aspekt zeigt sich bereits eine deutliche Wahrnehmungsdiskrepanz zu den staatlichen Statistiken, die diese Wahrnehmung nicht entsprechend abbilden. Als besonders einschneidende Ereignisse nennen die Befragten die anti-israelischen Demonstrationen im Sommer 2014 während der militärischen Auseinandersetzung zwischen der Hamas und Israel. Weiterhin wird immer wieder auf den Brandanschlag auf die Wuppertaler Synagoge verwiesen, der ebenfalls in diesem Kontext verübt wurde. Hierbei wurde insbesondere das Urteil im Prozess gegen die Täter als fatales Signal empfunden, da das Gericht die Tat nicht als antisemitisch einstufte.

Als weitere relevante antisemitische Erscheinungsform wurde der moderne Antisemitismus benannt. Beispiele hierfür sind Aussagen, die klassische antisemitische Narrative enthalten, wie etwa die Identifizierung von Jüdinnen:Juden mit Reichtum und Geld oder Weltverschwörungsvorstellungen. Ebenfalls verbreitet sei auch der sogenannte Post-Schoa-Antisemitismus. Bei dieser Ausprägung geht es u. a. um die Relativierung und Abwehr von Schuld sowie die Ablehnung und Bekämpfung von Erinnerungskultur. Entsprechende Äußerungen seien häufig im Zusammenhang mit der Thematisierung des Nationalsozialismus (etwa im Schulunterricht) feststellbar.

Spezifische Tatorte antisemitischer Vorfälle

Es ereignen sich zahlreiche antisemitische Vorfälle im schulischen Kontext. Drei Viertel der Befragten berichten von Vorfällen, die aus dem gesamten schulischen Umfeld kommen: von Mitschüler:innen, deren Eltern oder auch Lehrkräften. Gleichzeitig belegen schriftliche Anfragen an die Schulabteilungen bei den Bezirksregierungen, dass dort nur punktuell Vorfälle bekannt geworden sind und keine systematische Erfassung erfolgt.

Neben dem Schulbereich kommt es auch zu Vorfällen im sozialen Umfeld, am Arbeitsplatz, im Wohnumfeld sowie im öffentlichen Raum. Bei letzterem wird insbesondere im Kontext von Demonstrationen und Versammlungen von Vorfällen berichtet. Als relevante antisemitische Akteur:innen benannten die Befragten sowohl die

Mehrheitsgesellschaft als auch bestimmte politische Milieus wie die extreme Rechte oder auch linke Gruppen. Letztere vor allem in Zusammenhang mit israelbezogenem Antisemitismus. Weiterhin wurden auch Teile der muslimischen Communitys als antisemitische Akteur:innen genannt, gleichzeitig aber auch auf positive Beziehungen zu örtlichen Moscheegemeinden oder anderen muslimischen Organisationen und Personen hingewiesen, sodass sich ein differenziertes Bild ergibt. Zuletzt werden auch christliche Milieus erwähnt, die häufig in Bezug zur anti-israelischen Boykottkampagne BDS (Boycott, Divestment, Sanctions) in Erscheinung traten.

Umgang mit Antisemitismus in NRW aus Sicht der Befragten

Immer wieder äußern die Befragten Kritik am gesamtgesellschaftlichen und juristischen Umgang mit Antisemitismus, der häufig von Unverständnis, Indifferenz oder Relativierung geprägt sei. Präzedenzfälle wie das Urteil im Prozess um den Brandanschlag auf die Wuppertaler Synagoge im Sommer 2014 wirken sich auf fatale Weise auf das Sicherheitsgefühl und auch auf das Melde- und Anzeigeverhalten innerhalb jüdischer Communitys aus. Häufig sprechen die Befragten von einem Gefühl der Resignation angesichts der empfundenen „Normalität“ von Antisemitismus, was ebenfalls ein Grund für Betroffene sei, Vorfälle nicht zu melden oder zur Anzeige zu bringen.

„Es kommt drauf an. Die meisten Schüler sagen gar nichts. Oder sprechen vielleicht mal einen Lehrer darauf an, aber haben oft den Eindruck, dass gar nicht wirklich Hilfe geleistet wird. Deswegen lassen sie das oft.“
(RIAS/SABRA 2020, S. 36)

Strategien jüdischer Akteur:innen im Umgang mit antisemitischen Vorfällen

Betrachtet man die verschiedenen Umgangsweisen in Bezug auf antisemitische Vorfälle, muss zwischen individueller und institutioneller Ebene unterschieden werden. Die Strategien der Gemeinden sind zum einen durch die bittere Notwendigkeit hoher Sicherheitsmaßnahmen geprägt, zum anderen gibt es an vielen Orten eine gezielte Offenheit, im Sinne eines großen Engagements zur Vermittlung jüdischer Kultur und Traditionen sowie im interreligiösen Dialog.

„Das irritiert unsere Besucher ein bisschen, aber ich erkläre dann, dass wir gern ohne diese Sicherheitsmaßnahmen leben möchten. [...] Manche haben dabei im Kopf, dass wir diese Sicherheitsmaßnahmen haben, weil wir uns

von der restlichen Welt abgrenzen wollen, uns ghettoisieren. Aber das ist ein falscher Eindruck. Es ist nämlich umgekehrt: wir möchten gerne offen sein, aber können noch nicht.“
(RIAS/SABRA 2020, S. 41)

Auf der individuellen Ebene beschreiben die Befragten die Vermeidung von Sichtbarkeit als verbreitete Strategie, um antisemitischen Vorfällen vorzubeugen, etwa durch den Verzicht auf offen getragene jüdische Symbole wie Kippa oder Davidstern. Gleichzeitig werden auch Beispiele für konfrontative Umgangsweisen genannt, in denen Personen sich selbstbewusst als jüdisch zu erkennen geben und Antisemitismus offensiv entgegentreten.

In Ergänzung zu den Schilderungen der Betroffenen wurden staatliche und zivilgesellschaftliche Daten zu antisemitischen Vorfällen ausgewertet. In der polizeilichen Statistik zur politisch motivierten Kriminalität sind im Zeitraum zwischen 2014 und 2018 insgesamt 1.611 antisemitische Straftaten verzeichnet worden. Zivilgesellschaftliche Stellen haben im gleichen Zeitraum 209 antisemitische Vorfälle dokumentiert. Die Schnittmenge beider Datensätze umfasst lediglich 54 Vorfälle, welche in beiden Statistiken enthalten sind. Dies verdeutlicht die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Erfassung als Ergänzung und Korrektiv für staatliche Statistiken, die lediglich strafrechtlich relevante und tatsächlich gemeldete bzw. angezeigte Fälle verzeichnen.

Bedarfe für die zukünftige Bekämpfung von Antisemitismus

Insgesamt konnte durch die *Problembeschreibung Antisemitismus* (2020) gezeigt werden, dass ein großes Dunkelfeld hinsichtlich antisemitischer Vorfälle in NRW und in Bezug auf die Perspektive der hiervon Betroffenen besteht. Diese Tatsache belegt die Notwendigkeit, eine community-nahe, zivilgesellschaftliche Meldestelle nach dem Vorbild der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) aufzubauen und so eine stärkere Sichtbarmachung des Ausmaßes von Antisemitismus in NRW zu ermöglichen, um auf dieser Grundlage dessen effektive Bekämpfung zu erleichtern. Dabei ist es unabdingbar, die Perspektiven der jüdischen Communities einzubeziehen und ernst zu nehmen, um verloren gegangenes Vertrauen wiederherzustellen und eine glaubwürdige Solidarität mit Betroffenen von Antisemitismus zu vermitteln, die über symbolische Gesten bei Gedenkveranstaltungen hinausgeht.

Clemens Hötzel

Notizen zur Frage „Was heißt Antisemitismus?“

Antisemitismus ist in öffentlichen und wissenschaftlichen Debatten in aller Munde. Allzu selten wird sich vergegenwärtigt, dass – zuerst und vor allem – Antisemitismus auch im 21. Jahrhundert identisch ist mit *Judenhass*.

Im Anschluss an die Formulierung des Soziologen Detlev Claussen ist unter Antisemitismus eine auf Jüdinnen:Juden bezogene Praxis der Gewalt in Wort und Tat und deren Rechtfertigung zu verstehen.¹ Aus der traditionellen, religiös geprägten Judenfeindschaft entwickelte sich im Laufe des 19. Jahrhunderts Antisemitismus als eine Ressentimentstruktur, in der Jüdinnen:Juden als Personengruppe für die negativen Aspekte des modernen Gesellschaftssystems wie Wirtschaftskrisen, Auflösung überkommener Sozialmilieus, anonyme Herrschaft oder politische Ohnmacht verantwortlich gemacht werden.

Drei historische Dimensionen können hier unterschieden werden: Erstens eine kulturgeschichtliche Tradition christlich-islamisch geprägter Kulturen rund um das Mittelmeer, in der das Judentum als die andere Religion betrachtet und Jüdinnen:Juden mindestens als verächtlich stigmatisiert, oftmals als Agenten des Bösen und des Teufels beschuldigt wurden. Zweitens eine Tendenz innerhalb sich in ausschließende Nationalstaaten formierenden modernen Gesellschaften, in der „die Juden“ als das „Gegenvolk“ verstanden werden. Drittens eine Spiegelung kapitalistischer, global zunehmend vernetzter, universalisierender Vergesellschaftung durch eine als ebenso allgemein und global aufgefasste Bedrohung angeblicher („jüdischer“) kultureller „Zersetzung“ oder einer „jüdischen Weltverschwörung“.

Moderner Antisemitismus ist nicht nur das religiöse oder das rassistische Vorurteil gegen Jüdinnen:Juden, oder deren aktive Diskriminierung, sondern Antisemitismus wurde darüber hinaus, so formuliert es die Historikerin Shulamit Volkov, „ein zum Symbol erhobener Judenhass“² – die Praxis der *Erschaffung, Identifizierung und Verfolgung* „der Juden“ als allmächtigem, gewaltausübendem, verschwörerisch und hintergründig wirkendem (Gegen-)Kollektiv.

Nicht in der Gewaltpraxis, sondern mehr noch in der Form (der gesellschaftlich verstandenen Rechtfertigung) und deren Charakter als *Weltanschauung*, unterscheidet sich Antisemitismus von anderen modernen Ressentiments: „Wäh-

rend Rassismus und Fremdenfeindschaft ‚spontan‘ die Ungleichheit legitimiert (‚Deutschland zuerst‘),“ so der Soziologe Rainer Erb, „kann der Antisemitismus Herrschaft ‚erklären‘ (‚die wahren Hintermänner entlarven‘).“³

Der Antisemitismus hat – wie alle Ressentiments – eine psychologische Funktion und eine emotionale Basis. Kulturell wie individuell abgewehrte oder mit Tabus belegte Wünsche, Ängste oder Handlungsmotivationen werden aus dem Bereich des Eigenen verbannt und auf ein Anderes verlagert. Durch dieses sozialpsychologische Moment *pathischer Projektion* werden Übel und Missstände moderner Kultur, Gesellschaft und Politik auf „die Juden“ als angeblich Verantwortliche und Schuldige verschoben.

Gleichzeitig wird die Wahrnehmung der Außenwelt nach diesem Bild gestaltet. Komplexe und oftmals uneindeutige soziale Verhältnisse, an denen wir in ebenso komplexer und uneindeutiger Form teilhaben, wie „Macht“ und „Ohnmacht“, kapitalistische Vergesellschaftung und Herrschaft, werden zu eindeutigen Unterscheidungen zwischen dafür allein verantwortlichen und darunter leidenden Gruppen reduziert. Die *psychoziale Attraktivität* von antisemitischen Deutungen und Rechtfertigungen liegt ebenso in der Entlastung von (Selbst-)Reflexion wie in der über das kulturell vertraute Feindbild vermittelten Herstellung von scheinbarer Eindeutigkeit und deren „gefühlter Wahrheit“. Entsprechend wird Antisemitismus in allen gesellschaftlichen Schichten und politischen Milieus geäußert.

Gleichwohl dürfen wir uns inhaltlich wie milieubezogen unterscheidbare *Ausprägungen von Antisemitismus* – wie einen rassistischen, einen israelbezogenen oder einen Entlastungs-/Schuldabwehr-Antisemitismus – nicht als geschlossene Einheiten vorstellen. Eher stehen sie für inhaltliche Schwerpunkte, durch die eine Praxis jeweils konkret vollzogen und spezifisch gerechtfertigt wird – Antisemitismus als auf Jüdinnen:Juden bezogene Gewaltpraxis in Wort und Tat.

Wie die Gesellschaft, aus der sie entsteht, verändern und flexibilisieren sich die Erscheinungsformen wie die *Dynamiken antisemitischer Gewaltpraxis*. Einige dieser gesellschaftlichen Dynamiken führen heute zu scheinbar paradoxen Ergebnissen. Zum einen bewegen sich antisemitische Äußerungen, Vorfälle und Angriffe –

1 Detlev Claussen (2005). *Grenzen der Aufklärung. Die gesellschaftliche Genese des modernen Antisemitismus*, Frankfurt am Main.

2 Shulamit Volkov (2000). *Antisemitismus als kultureller Code*, München, S. 28.

3 Rainer Erb (1993). Erzeugt das abweichende Verhalten die abweichenden Motive? In H.-U. Otto & R. Merten (Hrsg.), *Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland*, Bonn, S. 282.

online wie offline, privat oder öffentlich, in Wort und Tat – auf einem anhaltend hohen Niveau. In den Statistiken des Bundesinnenministeriums schwankt der jährliche Anteil der antisemitischen an der gesamten sogenannten Hasskriminalität zwischen 10 % und 30 % - wobei lediglich etwa 0,2 % der deutschen Bevölkerung jüdischen Glaubens sind.

Zum anderen scheint gleichzeitig aber die (öffentliche) Wahrnehmung von Antisemitismus zu verschwimmen. Nach Auschwitz und der Entkolonisierung, allgemein mit der weiteren Pluralisierung gesellschaftlicher Verhältnisse, werden Ressentiments eher indirekt geäußert – *niemand will als Antisemit oder auch als Rassist gelten* und niemand möchte entsprechend mit der Zuweisung historisch aufgeladener Begriffe unüberlegt umgehen. In der Konsequenz werden aber auch viele der aktuellen Formen antisemitischer Praxis in Wort und Tat nicht als solche erkannt oder benannt.

Doch „indirekt“ heißt nicht verdeckt. Judenfeindschaft wird heute kaum als solche offen benannt, gerade weil sie in den Schlagworten und Codes, über die sie vermittelt wird, offen liegt und als solche wirkt. So erkennt das Alltagsbewusstsein in Medien und Privatgesprächen Behauptungen als vielleicht „kontrovers“, aber legitime „Meinungen“ an, etwa dass das Holocaust-Gedenken oder „der Antisemitismus-Vorwurf“ von „den Juden“, Israel, schattenhaften „Eliten“ als Herrschaftsinstrument verwendet werde, um „Kritiker:innen“ zum Schweigen zu bringen.

► **Täter-Opfer-Umkehr** oder Opferbeschuldigung (engl. victim blaming oder blaming the victim) bezeichnet die Schuldzuweisung für einen Angriff auf Betroffene (sog. Opfer) selbst. Häufig inszenieren sich die Täter:innen selbst als vermeintliche Opfer. Dies führt dazu, dass Betroffenen eine (Teil-)Schuld an dem Übergriff durch ihr eigenes Verhalten oder unterlassenes Handeln zugeschrieben wird. Auf diese Weise werden Betroffene selbst für den Angriff und dessen Folgen verantwortlich gemacht. In Folge der Schuldzuweisung fühlen sich betroffene Personen häufig mit der Verletzung, ihrem Gefühl von Ohnmacht und Wut und den Beschuldigungen allein gelassen. Dies kann zu einer verstärkten psychischen Belastung, einer Intensivierung des direkten Opferwerdens sowie Traumafolgestörungen führen.

OBR

Selbst angesichts einer für sich sprechenden Tat – wie eines Brandanschlags auf eine Synagoge, eines Angriffs auf eine jüdische Symbole tragende Person oder des Schmierens einer Kombination von Hakenkreuz und Davidstern – führt die Debatte allzu oft in die ► **Täter-Opfer-Umkehr**. Die Opfer werden für ihre eigene Verfolgung, den phantasmagorischen Hass auf „die Juden“ oder Israel, der auf sie real gerichtet wird (mit-)verantwortlich gemacht, der Antisemitismus soll relativiert oder geleugnet werden. In Öffentlichkeit und Politik ist von der Fragwürdigkeit jedes Antisemitismus nach Auschwitz vor allem die Überzeugung zum festen Gemeinplatz des Alltagswissens geronnen, dass Antisemitismus schwierig zu erkennen sei.

Im Ritual des Appells an ambivalente Emotionen, in der Mobilisierung diffuser Ängste und Affekte liegt die aktuelle *politische Funktion von Antisemitismus* begründet: „George Soros“, „die Rothschilds“, „der Kulturmarxismus“ als Mächte hinter „der ► **Corona-Diktatur**“, „dem Genderrismus“, „der Neuen Weltordnung“. Ob solche antiliberalen Chiffren und kulturell vertraute Schlagworte als antisemitischer Code gedeutet werden, entscheidet sich kaum durch den konkreten Gehalt – es ist deren Oberflächenbotschaft einer angeblichen Manipulation, Bedrohung und „Zersetzung“ von Öffentlichkeit, Kultur oder Nation von außen, die breite Wirkung erzielt und die letztlich als Antisemitismus wirkt.⁴

Über die Kommunikation bestimmter Codes und Schlagworte wirkt Antisemitismus *gemeinschaftsbildend* – bestimmte Gruppen werden zusammengeführt und -gehalten, etwa bürgerliche, rechtsextreme und Verschwörungsmilieus in der Imagination als durch Pandemiemaßnahmen unterdrückte Minderheit, „wie die Juden“. Ebenso hat solche Kommunikation soziologisch einen „symbolischen Wert“ (Shulamit Volkov) und dient z. B. mit Bezug auf Israel im Kulturbetrieb, in Teilen der Linken oder der Kirchen als *Ausweis für eine ganze Weltsicht*, die als moralische Haltung definiert wird und komplexe politische Verhältnisse eindeutig in gute und böse Akteure teilen will.

Angesichts gesellschaftlicher Unübersichtlichkeit und Begriffslosigkeit öffentlicher Debatten, erfüllen Ressentiments, nicht zuletzt Antisemitismus, ein Bedürfnis nach Eindeutigkeit und spiegeln Wünsche nach einer entsprechenden Durchsetzungsmacht wider. Die damit verbundenen emotionalen Energien äußern sich nicht zuletzt in Abwehr und Entlastung, *dem Bemühen das, was als Antisemitismus wirkt, „wegzudefinieren“*.

⁴ Christian Heilbronn et al (Hrsg.) (2019). *Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer globalen Debatte*, Berlin, S.302f.

► **„Corona-Diktatur“** ist ein Begriff, der vor allem von Vertreter:innen der sogenannten „Anti-Corona-Bewegung“ und im Kontext von Protesten gegen staatliche Corona-Schutzverordnungen verwendet wird. Vielfach werden die coronabedingten Einschränkungen von Grundrechten mit der Politik aus Überwachung und Kontrolle der DDR- oder NS-Diktatur, deren staatlicher Willkür und Repressionen gegen die eigene Bevölkerung gleichgesetzt. Schutzmaßnahmen wie die Maskenpflicht, Kontakteinschränkungen und Ausgangssperren werden als unverhältnismäßige, staatlich auferlegte Zwangsmaßnahmen beschrieben. Mit der Kritik an staatlichen Corona-Schutzverordnungen verbunden sind häufig auch Verschwörungserzählungen rund um das Corona-Virus, teils gepaart mit antisemitischen und rassistischen Ideologien. So finden sich bei den Protesten neben Kritiker:innen teils auch Leugner:innen des Corona-Virus, ebenso wie Esoteriker:innen, Verschwörungstheoretiker:innen sowie Reichsbürger:innen und offen extreme Rechte. Auf diese Weise vermischen sich antisemitische Elemente mit der Kritik an staatlichen Corona-Schutzverordnungen, etwa wenn sich Personen als vermeintliche Opfer von Corona-Maßnahmen der Regierung darstellen (Opfer-Täter-Umkehr). Dies kann zudem zu antisemitischen, rassistischen und politisch rechts motivierten Gewalttaten im Kontext von Protesten gegen die sogenannte „Corona-Diktatur“ führen. (vgl. Deutschlandfunk: Antisemitismus: Warnung vor Judenhass bei den Corona-Protesten)

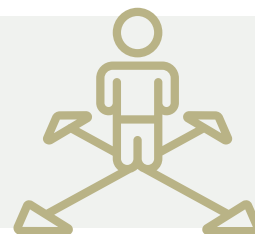
OBR

Weiterhin „kann der Antisemitismus Herrschaft ‚erklären‘ (die wahren Hintermänner entlarven)“ (Rainer Erb) und *verschränkt sich insofern, äußerst flexibel, mit anderen Ressentiments* – etwa Antifeminismus, Xenophobie oder Intellektuellenfeindschaft. Letzterem zum Trotz ist daran zu erinnern, dass Antisemitismus immer auch eine Sache der Intellektuellen, der Bildungseinrichtungen und der gesellschaftlich-kulturellen Eliten war (und ist). Ausgehend von den widersprüchlichen Anfängen der deutschen Nationalbewegung im 19. Jahrhundert zeigt sich dies bis in die aktuellen „Antisemitismus-Debatten“.

Florian Hessel

Autor:innenbeschreibung:

Florian Hessel ist Sozialwissenschaftler und Lehrbeauftragter der Ruhr-Universität Bochum und der Universität Hamburg. Er ist als Referent und wissenschaftlicher Berater in der politischen Bildung und Antisemitismusprävention tätig und Gründungsmitglied von Bagrut e. V. Verein zur Förderung demokratischen Bewusstseins. *Aktuell erschienen: ‚Antichinesische Ressentiments‘? (2020).*



Zur Urteilsverkündung im Halle-Prozess: Hört die Sicht der Opfer, nicht die des Täters!

„Im Gerichtssaal werde ich ständig daran erinnert, dass Recht und Gerechtigkeit nicht dasselbe sind.“

(Talya Feldman, Überlebende des Halle-Attentats im Schlusswort am OLG Naumburg)

„Alle, die sich gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus einsetzen, sollten den Nebenkläger:innen für ihren Mut und ihr gesellschaftliches Engagement dankbar sein.“

(Benjamin Steinitz, Geschäftsführer des Bundesverbands RIAS e. V.)

Zur Urteilsverkündung im Prozess zum mörderischen antisemitisch, rassistisch und misogyn motivierten **▶ Attentat in Halle (Saale)** stellen der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e. V. (VBRG), der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS e. V.), die Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung (OFEK e. V.), die prozessbegleitenden Dokumentations- und Rechercheplattformen NSU Watch, das Zentrum für demokratischen Widerstand (democ e. V.) und Belltower.News die Forderungen der Überlebenden des Attentats durch die gemeinsame Veröffentlichung ihrer Schlussworte in den Mittelpunkt. Und sie erinnern an eine der zentralen Bitten der Überlebenden: dass die Berichterstattung auf die Namensnennung des Täters verzichtet und dabei dem Beispiel der neuseeländischen Medien zum Christchurch-Attentat folgt.

„Wir wollen, dass jede und jeder einzelne Überlebende gehört wird. Denn eine effektive Strafverfolgung nach und Prävention von weiteren rechtsterroristisch, antisemitisch und rassistisch motivierten Attentaten und Angriffen ist nur möglich, wenn die Perspektiven der Überlebenden und Betroffenen im Mittelpunkt stehen: für die Ermittlungsbehörden, die Justiz, die mediale Berichterstattung und die Gesellschaft“, betont Antje Arndt vom Vorstand des VBRG e. V. und Projektleitung der Mobilien Opferberatung in Sachsen-Anhalt. „Dazu gehört auch, dass die Strafverfolgungsbehörden – die Polizeien der Länder und das BKA sowie die Justiz – Konsequenzen aus ihren Fehlern nach den mörderi-

schen Attentaten in Halle und Hanau sowie nach dem Mord an Walter Lübcke ziehen. Dies gilt sowohl für die mangelnde Sensibilität im Umgang mit den Überlebenden als auch die mangelnde Bereitschaft und Kompetenz, die On- und Offline-Netzwerke der Täter auszuermitteln.“

„Die Überwindung der extrem traumatischen Wirkung eines solchen Attentats hängt eng damit zusammen, wie das Umfeld, die Ermittlungsbehörden, die Gesellschaft, Politik und Medien darauf reagieren und wie die Tat aufgearbeitet wird“, sagt Marina Chernivsky, Vorstandsmitglied und Geschäftsführung von OFEK e. V. „Dies kann nur gelingen, wenn die vielen einzelnen Entscheidungsträger:innen und die hiesige Gesellschaft die Bereitschaft entwickeln, Antisemitismus und Rassismus sowie die Bedrohung durch die rechten Strukturen nicht nur einzusehen, sondern auch zu durchdringen und entsprechend zu handeln. Der Prozess in Magdeburg hat hier leider viele Leerstellen und Kompetenzlücken offenbart.“

▶ Attentat in Halle (Saale):

Der antisemitische, rassistische und rechtsextreme Anschlag am 09. Oktober 2019 am Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, kostete zwei Personen das Leben, weitere wurden verletzt. Bei dem Anschlag versuchte der rechtsextreme Täter bewaffnet in die Synagoge im Paulusviertel in Halle (Saale) einzudringen. Aufgrund von Sicherheitsvorkehrungen gelang dem Täter nicht der Eintritt in die Synagoge, statt dessen tötete er eine Passantin vor der Synagoge und einen Besucher eines naheliegenden Döner-Imbisses. Ziel war es möglichst viele Menschen zu töten. Betroffene fordern diesen rechtsextremen Anschlag nicht als Einzelfall abzutun und den Fokus auf die politische Dimension dieser Tat zu legen. Ausführliche Informationen zum Anschlag und dem Prozess finden Sie [hier](#).

OBR

„Nach dem Anschlag und während des Prozesses gab es zwischen Angehörigen unterschiedlicher Betroffenengruppen eine unglaublich wichtige Solidarisierung. So gelang es, die antisemitische und rassistische Ideologie des Täters, die auf Einschüchterung bis hin zur Vernichtung

abzielt, erfolgreich zu konterkarieren“, erinnert Benjamin Steinitz, Geschäftsführer des Bundesverbands RIAS e. V. „Alle, die sich gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus einsetzen, sollten den Nebenkläger:innen für ihren Mut und ihr gesellschaftliches Engagement dankbar sein.“

„Das Netzwerk der Solidarität, das die Überlebenden des mörderischen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsterrorismus in Halle, Hanau und Mölln aufgebaut haben, ermutigt viele Menschen, deren Leben durch Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt für immer beeinträchtigt ist, nicht aufzugeben und sich gemeinsam zur Wehr zu setzen,“ sagt Antje Arndt. Dies gelte auch für die solidarischen Initiativen, Projekte und Einzelpersonen, die den Prozess zum Halle-Attentat, die Überlebenden und Hinterbliebenen

in Hanau und im OLG Frankfurt-Verfahren zum Mordversuch an Ahmed I. und Dr. Walter Lübcke begleiten.

Wir dokumentieren, wie die Opfer die Tat erlebt haben. Auf den Websites der Projekte und Initiativen, die den Prozess in den letzten Monaten begleitet und dokumentiert haben, finden Sie die Schlussstatements von Überlebenden des Anschlags auf die Synagoge und den Kiez-Döner am 9. Oktober 2020 in Deutsch und Englisch.

Eine Initiative des [VBRG e. V.](#) in Kooperation mit [Belltower.news](#), [NSU Watch](#), [democ.e.v.](#) und [RIAS e. V.](#) und [OFEK e. V.](#)

**Redaktion Belltower.News |
18. Dezember 2020**

Jüdisches Leben im Hier und Jetzt

Die Jüdische Gemeinde Düsseldorf ist mit knapp 7.000 Mitgliedern die drittgrößte Jüdische Gemeinde Deutschlands und die größte Jüdische Gemeinde in Nordrhein-Westfalen. Das Gemeindegebiet erstreckt sich über Düsseldorf hinaus auch auf Leverkusen, Ratingen und Neuss.

Das folgende Interview mit Zeev Reichard, Referent für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf führten wir mit Blick auf jüdisches Leben im Hier und Jetzt sowie positive Entwicklungen und weitere Bedarfe zur Stärkung und zum Schutz vor Antisemitismus und antisemitischer Gewalt:

Wie gestalten Sie das jüdische Leben in Düsseldorf heute?

Die Jüdische Gemeinde Düsseldorf hat Angebote, in denen die Mitglieder von klein auf bis zum Lebensende begleitet werden. Wir sind für die kulturelle, soziale und religiöse Betreuung unserer Mitglieder zuständig. Und das praktizieren wir auch. Wir haben ein Rabbinat mit drei Rabbinern, sind eine orthodox geführte Einheitsgemeinde, wir haben aber auch einen liberalen Flügel. Außerdem haben wir eine große Sozialabteilung, die insbesondere in unserer Gemeinde immer ein wichtiger Ansprechpartner für unsere Mitglieder ist. Wir sind glücklicherweise in Düsseldorf sehr gut und vor allem auch sehr breit aufgestellt. Wir wollen für all unsere Mitglieder ein Zuhause sein. Das aktive Gemeindeleben gestalten wir zweisprachig, also sowohl auf Deutsch als auch auf Russisch, weil die Mehrheit

unserer Gemeindemitglieder aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion stammt.

In den vergangenen Monaten hat sich das jüdische Leben deutlich verändert. Man kann sagen, es ist vielfältiger geworden. Gerade hier in Düsseldorf. Denn uns als Gemeinde ist es gelungen, viele Programmpunkte unseres Alltags in den virtuellen Raum zu verlegen – und auch dort weiterhin viele unserer Mitglieder zu erreichen. Wir haben als Jüdische Gemeinde Düsseldorf den Anspruch für unsere Mitglieder da zu sein – gerade in diesen schweren Zeiten, die natürlich an niemandem spurlos vorbeigehen. Vor der Pandemie haben wir viele Präsenzveranstaltungen in unseren Räumlichkeiten angeboten, wir haben gemeinsam jüdische Feiertage zelebriert und mit dem Israel-Tag beispielsweise Veranstaltungen im Herzen der Stadt Düsseldorf durchgeführt. Doch seit nunmehr einem Jahr müssen wir Alternativen erarbeiten. In Düsseldorf ist uns das mit Videos, Online-Angeboten und die aktive Arbeit mit Facebook, YouTube und Instagram, aber auch mit Zoom-Veranstaltungen sehr gut gelungen.

Gab es in den letzten Jahren und aktuell Veränderungen, die Sie in der Gemeinde und ihre Gemeindemitglieder wahrnehmen oder die Sie beschäftigen? Können Sie uns einen Einblick geben?

Normalerweise heißt es bei uns, dass die Gemeinde ein Zuhause ist und dass die Mitglieder zu uns kommen. Aber coronabedingt war das nicht mehr möglich, sodass wir uns Alternativen überlegen mussten. Allerdings haben

wir im Zuge dessen auch festgestellt, dass es zahlreiche Menschen gibt, die durch die neuen digitalen Angebote eher angesprochen werden als über Veranstaltungen in den Räumlichkeiten der Gemeinde. Insgesamt ist daher durch die Online-Angebote eine deutliche Veränderung spürbar. Wir haben gesagt, dass, wenn die Menschen nicht mehr zu uns kommen können, wir dann eben zu den Menschen gehen müssen. Das haben wir neben den digitalen Kanälen auch über Feiertagsboxen gemacht, die innerhalb der Bildungseinrichtungen verteilt wurden und über professionell produzierte Videos erklärt werden. Das jüdische Konzept sieht vor, dass es von Generation zu Generation weitergegeben wird – also von Eltern auf die Kinder. Nun haben wir uns das Ziel gesetzt mit verschiedenen Konzepten die Eltern über die Kinder zu erreichen, sodass jüdische Familien jüdisches Leben auch zuhause ausleben können. Das möchten wir unseren Mitgliedern ermöglichen.

Welche Herausforderungen und Bedarfe sehen Sie für die Stärkung und den Schutz jüdischen Lebens (vor Antisemitismus und antisemitischer Gewalt) im Allgemeinen und speziell in Düsseldorf derzeit?

Wir spüren auch im Bereich des Antisemitismus eine Veränderung. Die Gemeindemitglieder nehmen ihn durchaus stärker wahr, allerdings sehen wir auch eine immer stärker werdende Solidarität uns als Gemeinde gegenüber. In Düsseldorf haben wir nicht die großen antisemitischen Probleme, wie sie andere Gemeinden in Deutschland durchaus haben. In den vergangenen Monaten haben wir selten mal einen antisemitischen Kommentar über unsere Sozialen Medien oder antisemitische Schreiben erhalten. Wenn uns aber ein solches Schreiben erreicht, merken wir durchaus, dass diese nicht mehr anonym verschickt werden. Das hat sich schon geändert. Gerade über Social Media ist es deutlich einfacher geworden, anonym zu bleiben, aber auch da machen einige Menschen keinen Hehl mehr aus ihrem Antisemitismus. Unsere Einrichtungen haben alle einen gewissen Sicherheitsstandard, der auch sehr wichtig ist. Die Herausforderungen für uns alle ist sicherlich, die Bekämpfung des täglichen Antisemitismus, der bereits in der Schule beginnt, wo „Du Jude“ wieder häufig als Schimpfwort eine Verwendung findet. Wir müssen viel stärker präventive Maßnahmen ergreifen, um den Alltagantisemitismus zu bekämpfen. Da fehlt es aber noch an zu vielen Stellschrauben. Antisemitische Gewalt kann man intervenierend kaum bekämpfen, es braucht gute präventive Konzepte, die in den Bildungseinrichtungen angewendet werden müssen.

Die Servicestelle SABRA wurde 2017 eingerichtet und ist unter anderem in Ihrer Trägerschaft. Können Sie uns erzählen, wie es zur Einrichtung

der Servicestelle gegen Antisemitismus kam und inwiefern die Beratungsstelle mit Blick auf das jüdische Leben in Düsseldorf wichtig ist?

SABRA ist für das jüdische Leben in Düsseldorf wichtig, weil wir erstmals eine Meldestelle haben, wo man konkret über antisemitische Vorfälle berichten kann und im Anschluss begleitet und beraten wird. Man wird damit nicht alleingelassen und hat bei SABRA kompetente Ansprechpartner:innen. Dadurch können wir auch nicht-jüdische Menschen gegen Antisemitismus stärken. SABRA macht es möglich, dass die Themen rund um Antisemitismus professionell aufgearbeitet wird und präventive Konzepte herausgearbeitet werden, um aktiv gegen Antisemitismus vorzugehen – gerade im Hinblick auf die Bildungsinstitutionen.

Was sind positive Entwicklungen, worüber Sie sich als Gemeinde freuen?

Wir können mit großem Stolz und Zuversicht sagen, dass wir uns besonders im Bereich der Bildungsarbeit sehr gut aufgestellt sehen. Wir haben die größte Kindertagesstätte der Stadt Düsseldorf, die auch stetig weiterwächst. Unsere Grundschule ist mittlerweile dreizügig. Unser Albert-Einstein-Gymnasium (AEG) wächst und etabliert sich bei Schüler:innen in der Stadt Düsseldorf. Nicht nur bei Mitgliedern, sondern auch außerhalb unserer Gemeinde wird das erste jüdische Gymnasium in Düsseldorf und in Nordrhein-Westfalen sehr gut angenommen. Und das hat zweifelsfrei etwas mit der großartigen Arbeit zu tun, die dort tagtäglich geleistet wird. Im vergangenen Jahr hat sich die Arbeit dort ausgezahlt, denn auf dem Albert-Einstein-Gymnasium wurden moderne Techniken in den Lernprozess integriert, ohne die ein schulischer Alltag außerhalb der Klassenräume nicht möglich wäre. Von heute auf morgen wurde zu Beginn des ersten Corona-Lockdowns Homeschooling für alle Schüler:innen des AEGs angeboten, somit konnte ohne jegliche Verluste weiterhin der gesamte Lernstoff durchgearbeitet werden. Unsere Bildungseinrichtungen sind gewappnet für die Zukunft – und das macht uns als Gemeinde natürlich sehr stolz. Aber unabhängig von unseren Einrichtungen freuen wir uns auch darüber, dass wir als Gemeinde ein wichtiger Teil der Stadtgesellschaft sind und auch so wahrgenommen werden.

Können Sie bereits entwickelte Handlungsstrategien und erlangte Errungenschaften benennen, die für die Gemeinde, ihre Mitglieder und das jüdische Leben in Düsseldorf wichtig sind?

Es ist für uns alle sehr wichtig zu sehen, dass die Jüdische Gemeinde Düsseldorf wächst und auch immer mehr Angebote für verschiedenste Zielgruppen anbieten kann. Das ist keine Selbst-

verständlichkeit – aber dennoch tun alle Mitarbeiter:innen tagtäglich alles dafür, um solche Angebote zu machen. Im Dezember 2020 wurde das neue Familienzentrum eröffnet, in dem die Sozialabteilung und weitere Gruppen unserer Großtagespflege hineinziehen konnten. Außerdem bietet das Familienzentrum auch Räumlichkeiten für unsere Gruppe „Hatikwah“. Das sind die Menschen mit Behinderungen. Somit sorgen wir dafür, dass sich alle Mitglieder der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf zuhause fühlen können. Das ist unser Anspruch. Und die Entwicklung des jüdischen aktiven Lebens in Düsseldorf ist noch lange nicht am Ende. In diesem Jahr wird es den ersten jüdischen ▶ **G''ttesdienst** in einer Synagoge in Neuss nach der Shoah geben. Und auch das ist ein wichtiger Meilenstein für die Jüdische Gemeinde. Außerdem plant unsere Gemeinde ein Jüdisches Quartier in der Nachbarschaft unseres jüdischen Altenheims, dem „Nelly-Sachs-Haus“. Dort sollen unter anderem Servicewohnungen und Tagespflege angeboten werden. Wir befinden uns auf dem richtigen Pfad, um alle Gemeindemitglieder ob jung oder alt versorgen zu können.

Die Schreibweise ▶ **G''ttesdienst** ist eine „vermeidende Schreibweise“, in der das Wort Gott nicht ausgeschrieben wird. Der Gottesname wird im Judentum in relativ jungen Schreibweisen graphemisch modifiziert, um aus religiösem Respekt „den Namen Gottes nicht in eine Form zu bringen, in der er beschmutzt oder zerstört werden kann“ (Jüdische Allgemeine). Im Judentum ist es eines der zehn Gebote den Namen Gottes nicht einfach zu missbrauchen, daher schreibt man diesen auch nicht einfach aus, sondern ersetzt das „o“. Im Deutschen finden sich meistens Schreibweise wie „G'tt“ oder „G''tt“ sowie „G»tt“, „G!tt“ oder „G+tt“. (vgl. Jüdische Allgemeine: Gott oder G'tt)

OBR

Abschließend möchten wir Sie fragen, wie die Jüdische Gemeinde und ihre Mitglieder in die Zukunft sehen und gehen? Was braucht es Ihrer Meinung nach? Welche Wünsche haben Sie?

Wir gehen positiv und mit einer Portion Optimismus in die Zukunft, in der wir neben der digitalen Welt, die wir beibehalten wollen, auch froh sind, wenn wir wieder Veranstaltungen in unserer Gemeinde stattfinden lassen können. Unser Ziel ist es, dass wir hierbleiben wollen und auch werden. Und dafür hat die Jüdische Gemeinde Düsseldorf in den vergangenen Jahren den Grundstein gelegt. Und wir spüren, dass Düsseldorf wirklich eine Gemeinde hat, die auch eine Zukunft vor sich hat. Allerdings sehen wir auch, dass wir noch verstärkter junge Menschen an unsere Gemeinde binden müssen. Unser Ziel ist es daher, dass wir das Judentum modern und zeitgemäß transportieren, um junge Zielgruppen auch anzusprechen. Wir wünschen uns ein lebendiges, aktives jüdisches Leben, das mit einer großen Selbstverständlichkeit ein Teil dieser Gesellschaft ist. Darauf arbeiten wir hin.

Zeev Reichard

Wir danken Zeev Reichard von der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf für das Interview mit dem Team der OBR.

Autor:innenbeschreibung:

Zeev Reichard ist 25 Jahre alt und Referent für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf. Neben der Pflege der Social-Media-Kanäle der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf produziert er für die Gemeinde auch Videos und ist Teil der Redaktion der Gemeindezeitung. Zeev Reichard ist seit Geburt Mitglied der Gemeinde.



Antisemitismuserfahrungen im Strafvollzug

Triggerwarnung: Der folgende Artikel enthält Inhalte über Gewalt und deren Folgen für betroffene Personen. Es werden Szenen und antisemitische Gewalterfahrungen beschrieben. Wir möchten daher alle Leser:innen bitten, gut zu überlegen, ob bzw. wann Sie den folgenden Artikel lesen möchten, und auf sich selbst zu achten.

Antisemitismus kann auch im Strafvollzug ein Motiv für Angriffe gegenüber inhaftierten Bewohner:innen sein. Exemplarisch berichtet im Folgenden Herr Tunsal von seinen antisemitischen Erfahrungen während der Haft. Herr Tunsal befindet sich seit Ende 2018 aufgrund eines Wirtschaftsdelikts in einer nordrhein-westfälischen Justizvollzugsanstalt (JVA). In Folge von Diskriminierungen und Bedrohungen während seiner Haftzeit suchte er Anfang 2020 per Brief um Unterstützung der OBR. Bis auf einen Besuchstermin von Berater:innen der OBR bei Herrn Tunsal in der JVA verlief die weitere Korrespondenz aufgrund der Covid-Einschränkungen ausschließlich postalisch. Für den folgenden Beitrag fasste Herr Tunsal seine Erfahrungen in der JVA schriftlich zusammen. Ergänzt wurde der Beitrag durch Eindrücke aus der Beratung der OBR. Zur Sicherheit des Betroffenen wurden sein Name geändert und Details zur JVA nicht weiter spezifiziert.

Um 6:30 Uhr aufstehen, um 21 Uhr Einschluss. Das ist der Alltag für Herrn Tunsal seit seiner Inhaftierung Ende 2018. Zwischendurch Mittagessen und um 16 Uhr eine Stunde sog. Freigang. Nach eigener Aussage befindet er sich täglich zwischen 20 und 22 Stunden in seinem Haftraum. Zu Beginn seiner Haft konnte Herr Tunsal sich einigermaßen mit diesen Bedingungen arrangieren. Doch seit er seinen jüdischen Glauben, den er bereits vor seiner Inhaftierung streng praktizierte, auch in der JVA frei leben möchte, erfährt Herr Tunsal antisemitische Diskriminierungen und Angriffe. Herr Tunsal selbst scheut körperliche Auseinandersetzungen und lebt in der Haft nach der Devise: „Leben und leben lassen“. Aufgrund einer seltenen Erkrankung sind für ihn Verletzungen wie sie bei körperlichen Auseinandersetzungen entstehen

können, deutlich gefährlicher als für die meisten anderen Menschen. Aus Sorge vor antisemitischen Angriffen stellte Herr Tunsal daher erst nach ungefähr einem Jahr in Haft einen Antrag auf Versorgung mit koscherer Kost bei der JVA. Dies war nicht nur der Beginn eines langen Kampfes. Um seinen jüdischen Glauben auch in Haft praktizieren zu dürfen, musste Herr Tunsal einen Rechtsbeistand einschalten. Darüber hinaus erlebte er nach seinem öffentlichen Bekenntnis zum jüdischen Glauben antisemitische Diskriminierungen und Bedrohungen durch Mitinsassen und Justizvollzugsbeamte:innen.

Die Gewalterfahrungen stiegen in den folgenden Monaten sowohl in ihrer Quantität als auch in ihrer Qualität. Herr Tunsal berichtet von Kommentaren mit antisemitischen Vorurteilen durch Beamte:innen. So sei er beispielsweise gefragt worden, ob ihm nicht die Firma XY gehöre, oder, ob er nicht der Jude aus dem Film XY sei. Die Leitung der JVA habe außerdem die Information verbreitet, dass Herr Tunsal jüdischen Glaubens ist, wodurch sich die antisemitischen Anfeindungen nicht mehr lediglich auf die für seinen Trakt zuständigen Justizvollzugsbeamte:innen beschränkten, sondern auch auf die Mitinsassen ausweiteten. Herr Tunsal berichtet von zahlreichen, offenen antisemitischen Angriffen: Lebensmittel, die er aus der Küche bekam, seien mit Nazisymbolen beschmiert worden; ihm seien verdorbene Lebensmittel ausgehändigt worden; an der Essensausgabe sei ihm wiederholt mitgeteilt worden, dass ihm versteckt Schweinefleisch in das Essen gemischt wurde. Herr Tunsal sah sich daher gezwungen, einige Mahlzeiten auszusetzen. Des Weiteren erschütterten Herrn Tunsal zahlreiche antisemitische Androhungen. Beispielsweise hätten Mitinsassen im Beisein von Justizvollzugsbeamte:innen ihm gegenüber mehrfach den sog. Hitlergruß gezeigt, die Shoa geleugnet und ihm die Vergasung angedroht. Herr Tunsal berichtet von der Aussage eines Mitgefangenen, in der dieser von einer zweifachen Vergasung phantasiert hätte, um – wie dieser sagte – sicherzugehen, dass neben seinem Glauben auch seine Behinderung definitiv ausgelöscht werde. Die Beamte:innen habe Herr Tunsal danach auf ihr Nicht-Einschreiten angesprochen, jedoch habe er nur zu hören bekommen, dass hier halt der Knast sei und er damit leben müsse. Doch

es blieb auch von Seiten der Justizvollzugsbeamt:innen nicht beim Weg- und Zuschauen. Wie Herr Tunsal der OBR erzählte, steigerten sich die antisemitischen Anfeindungen stetig weiter. Mitinsassen haben ihm mitgeteilt, dass einige Beamt:innen darüber phantasierten würden, was sie mit dem „dreckigen Juden“ anstellen würden, wenn sie ihn im richtigen Moment in die Finger kriegen würden. Durch die zunehmenden antisemitischen Angriffe fühlte sich Herr Tunsal kraft- und hilflos. Weitere als bewusste Schikanen erlebte Vorfälle, wie eine vermeintliche Entlassung durch einen Justizvollzugsbeamten, der sich gegenüber Herrn Tunsal zuvor bereits mehrfach antisemitisch geäußert habe, führten zu einer weiteren psychischen Destabilisierung von Herrn Tunsal.

In den Monaten seiner Haft fühlte sich Herr Tunsal zudem auch in seiner Glaubensausübung gezielt gehindert und aus antisemitischen Motiven schikaniert. Indem seine Glaubensutensilien während Haftraumdurchsuchungen beschädigt, weggenommen oder zerstört wurden, so berichtet Herr Tunsal, sei er vor allem vor und an jüdischen Feiertagen oft schikaniert und an seiner Glaubenspraxis gehindert worden. Herr Tunsal berichtet von einer Situation, da ihm am Sabbat auch nach mehrfacher Nachfrage keine Wachskerze ausgehändigt wurde. Vielmehr habe er im Unterschied zu christlichen Mitinsassen, die an Sonn- oder christlichen Feiertagen ohne Umschweife Wachskerzen erhielten, einzig eine elektronische Kerze in seinen Haftraum erhalten. Aufgrund des jüdischen Verbots, elektronische Geräte am Sabbat zu verwenden, konnte Herr Tunsal die elektronische Kerze jedoch nicht verwenden und insofern den Sabbat nicht in gewohnter Weise feiern. Eine Erklärung für diese Ungleichbehandlung habe er nicht erhalten. Einen Widerspruch im Umgang mit seiner Glaubensausübung sieht er vor allem auch, da sein Antrag, teils elektrische Geräte für die Zubereitung seines koscheren Essens zu erhalten, ohne Begründung abgelehnt worden sei. Diese absurde, paradoxe und ungleiche Behandlung versteht Herr Tunsal als ihm gegenüber bewusst antisemitisch motiviert.

Im Rahmen einer Anhörung schilderte Herr Tunsal seine Erfahrungen zunächst ohne namentliche Nennung der Beteiligten. Später benannte er gegenüber der JVA-Leitung die konkret beteiligten Justizvollzugsbeamt:innen und Mitinsassen als Zeug:innen, doch seien hieraus keine ersichtlichen Konsequenzen für die Beschuldigten erfolgt. Eher gegenteilig verstärkte sich die Stimmung ihm gegenüber. Immer häufiger sei er seither mit antisemitischen Drohungen durch Mitinsassen und Justizvollzugsbeamt:innen konfrontiert worden, in denen diese ihm androhen würden, dass man „das jüdische Problem wie

früher in der Dusche klären“ würde. Neben seiner Erkrankung führen die psychische Belastung durch diese Diskriminierungen und Angriffe dazu, dass Herr Tunsal sich nach eigener Aussage während seiner Haftzeit mehr und mehr zurückzieht und nur noch selten seinen Haftraum verlässt.

Da Herr Tunsal in der JVA keine Unterstützung erhielt, suchte er die Beratung der OBR. Doch auch Interventionen von außen zeigten laut Herrn Tunsal nicht die erhoffte Wirkung auf ein Ende der Gewalt. Daher wurde in eigener Initiative und im Auftrag von Herrn Tunsal sowohl das Büro der Antisemitismusbeauftragten in NRW als auch die Jüdische Gemeinde der Region über seine Gewalterfahrungen in der JVA informiert. Doch auch auf diesen Wegen konnte keine Veränderung bewirkt werden. Herr Tunsal zeigt sich hierüber sehr enttäuscht: Er wünscht sich eine externe Untersuchung der Ereignisse. Die Aufklärung der JVA selber zu überlassen, sei dagegen eine Farce.

Bis zu seiner Inhaftierung hat Herr Tunsal nach eigener Aussage nur wenig antisemitische Vorfälle erfahren. Vor seiner Inhaftierung hätte er sich diskriminierenden Konfrontationen einigermaßen entziehen können. Innerhalb der JVA sei ihm dies hingegen nicht möglich. Mit den zahlreichen antisemitisch motivierten Angriffen umzugehen, erfordere von ihm all seine Kraft: „Als Opfer ist man der Situation hilflos ausgeliefert. Die Gesamtsituation führt letztendlich zur Resignation.“

Trotz dieser Gewalterfahrungen scheint Herr Tunsal dennoch nicht gänzlich resigniert zu haben. Er steht weiterhin in regem Austausch mit der OBR, nutzt die eingeschränkten rechtsstaatlichen Möglichkeiten, die ihm zur Verfügung stehen, und gibt sich nicht geschlagen. Wir bedanken uns bei ihm für seine Offenheit und die Möglichkeit der Verschriftlichung seiner Erfahrungen. Abschließend möchten wir Herrn Tunsal fragen, was er den hiesigen Leser:innen noch mitteilen möchte: „Man verzeihe mir die Polemik, aber es ist bezeichnend zu sehen, wie die Politik und die Gesellschaft jedes Jahr der Shoa gedenkt und gleichzeitig die Augen vor der Problematik unserer Zeit im Hinblick auf modernen Antisemitismus und auch Rassismus verschließt. Das erscheint mir bigott. Noch erschreckender scheint mir der Umstand, dass eine Justizbehörde auf diese Art und Weise mit dieser Thematik umgeht. Gerade deswegen jedoch gehört es zur Pflicht eines jeden aufgeklärten und liberalen Bürgers, auf Missstände dieser Art aufmerksam zu machen.“

Das Beratungsteam der OBR

Die Beratungspraxis im Kontext gesellschaftlicher Macht- und Ausschließungsverhältnisse

► **Rechte Gewalt** beinhaltet Ausgrenzungsideologien wie Rassismus, Antisemitismus, Sozialdarwinismus oder Homo- und Transfeindlichkeit. Für Täter:innen sind dabei die Zuschreibungen in Richtung der Betroffenen relevant und nicht die tatsächlichen (Identitäts-)Merkmale. Dies führt dazu, dass Betroffene nicht als Individuen, sondern als (vermeintliche) Repräsentant:innen einer abgewerteten Gruppe negativ bewertet werden.

Der Begriff der ► „**rechten Gewalt**“ ist ein Oberbegriff für folgende Tatmotive: Rassismus (darunter anti-muslimischer Rassismus, anti-Schwarzer Rassismus, Gadjé-Rassismus), Antisemitismus, LSBTIQ:feindliche Gewalt, Sozialdarwinismus, Ableismus, Gewalt gegen politische Gegner:innen (darunter z. B. auch gegen Journalist:innen und politische Verantwortungsträger:innen). **OBR**

Im Kontext rechter Gewalt werden gesellschaftliche Macht- und Ausschließungsverhältnisse gleichzeitig aufgegriffen, reproduziert und aufrechterhalten, indem sie durch den Prozess des *Othering* eine vermeintliche Differenz markieren und den Betroffenen eine Zugehörigkeit absprechen. Die Bedeutung der jeweiligen Markierung als „Anderssein“ sowie die gewaltvolle Reduzierung auf bestimmte zugeschriebene Identitätsmerkmale kann dabei in subjektiver Hinsicht ein Spannungsverhältnis zwischen Zuschreibung und Selbstgewähltheit bei bestimmten Identitätsaspekten auslösen. Demnach kann die subjektive Relevanz der genannten Merkmale für das eigene Identitätsverständnis der Betroffenen sowie die Zuschreibung durch Täter:innen wesentliche Auswirkungen auf die psychische Verarbeitung der Gewalttat haben.

Die Reduzierung auf zugeschriebene Gruppenzugehörigkeiten wiegt für Betroffene besonders schwer, wenn die der Tat zugrundeliegenden Abwertungen auf unveränderlichen, physiognomischen Merkmalen beruhen. Je bestimmender und unveränderlicher spezifische tatauflösende Identitätsmerkmale zur Person gehören, desto häufiger nehmen Betroffene die erlebte Gewalt als besonders gravierend wahr. Die Erfahrung rechter Gewalt darf dabei nicht als singuläres Ereignis begriffen werden, sondern muss in ihrer Prozesshaftigkeit wahrgenommen werden. Vor allem bei negativ von Rassismus betroffenen Personen zeigt sich diese Prozesshaftigkeit in dem sich wiederholenden und fortwährenden Charakter alltäglicher Rassismuserfahrungen, die die Lebensführung von Betroffenen prägen. Rechte Gewalt als eine manifeste Form von Ras-

sismus stellt eine krisenhafte Zuspitzung dieser gewaltvollen Alltagserfahrungen dar und kann zu einer kumulativen Wirkung der Gewalterfahrung beitragen, welche sich erschwerend auf die psychische Verarbeitung der Gewalt auswirken kann.

Für die psychische Verarbeitung einer individuellen Erfahrung rechter Gewalt ist das Maß des subjektiven Bezugs der Betroffenen auf (zugeschriebene) Identitätsmerkmale und Gruppenzugehörigkeiten ausschlaggebend. Die gewaltvolle Zuweisung einer vermeintlichen Identität, die nicht der selbstgewählten Positionierung der Betroffenen entspricht, kann als eine wesentliche Leidensdimension ausgemacht werden. Andererseits muss betont werden: Die individuelle und krisenhafte Erfahrung rechter Gewalt kann aufgrund der kollektiven Dimension eine psychische Bewältigung erfahren, die unter bestimmten Umständen das Potential kollektiver Handlungsfähigkeit bietet. Eine starke Selbstverortung als Teil einer von Gewalt betroffenen Gruppe kann dabei behilflich sein, die psychischen Folgen rechter Gewalt zu mildern. Dies erfolgt bspw. durch das kritische Dekonstruieren von negativen Zuschreibungen und die Fokussierung auf eine alternative selbstgewählte Auseinandersetzung mit Identität.

Vor diesen Hintergründen stellt ein bewusster und reflexiver Umgang von Berater:innen mit Differenzen und deren Re-Produktion im Beratungsverhältnis ein wesentliches Element eines gelungenen Beratungsprozesses dar – dies vor allem auch bei der eigenen gesellschaftspolitischen Positionierung. Die (potentielle) eigene Betroffenheit von rechter Gewalt für Berater:innen of Color bringt dahingehend eine besondere Mehrfachbelastung im Beratungsalltag mit sich. Berater:innen of Color sind neben professionellen mit zusätzlichen persönlichen Herausforderungen konfrontiert, die sich aus eigenen Rassismuserfahrungen ergeben. Deswegen ist es notwendig, neben allgemeinen Team- und Fallsupervisionen für alle Berater:innen, spezielle geschützte Räume für Berater:innen of Color zu realisieren, um Berater:innen die Möglichkeit zu geben, eigene Erfahrungen, Ressourcen und Grenzen innerhalb der eigenen Arbeit zu reflektieren und zu bearbeiten.

Für *weiße* Berater:innen ist demgegenüber eine reflexive und rassistuskritische Haltung hinsichtlich der eigenen gesellschaftspolitischen Positionierung und der damit verbundenen Privilegien notwendig, damit Machtasymmetrien hierarchische Gefälle und paternalistische Hand-

lungsweisen in Beratungskontexten reduziert werden.

Der subjektiven Relevanz von Identitätsmerkmalen, die infolge der Abwertung durch die Täter:innen ausschlaggebend für die Gewalttat waren, muss insgesamt eine entscheidende Rolle während des Beratungsprozesses zugeschrieben werden. Ein reflexives Verhältnis zu Gruppenzugehörigkeiten ist dabei für Berater:innen unverzichtbar, um Differenzlinien in der Beratungspraxis nicht zu re-produzieren, gleichzeitig jedoch ihr Vorhandensein sowie Funktionsweisen nicht zu leugnen und deren zentrale Relevanz für den Angriff anzuerkennen.

Eine Diversifizierung der Struktur des Berater:innenteams ist notwendig, um eine Form der Erfahrungskonvergenz zwischen Berater:innen und Beratungsnehmenden herzustellen, welche zusätzliche Optionen von Prozessen des ► **Empowerments** von Betroffenen bieten kann. Somit besteht die Möglichkeit, die Schieflage der Unterrepräsentation und Dethematisierung von marginalisierten Perspektiven und Erfahrungen auszugleichen. Die einschneidende und lebensverändernde Erfahrung rechter Gewalt sowie deren psychischen Folgen kann durch die Stärkung subjektiver Identität auf Basis kollektiver Erfahrungskonvergenzen gemildert werden.

► **Empowerment** als Form der Selbstermächtigung von Betroffenen, die inhärente (individuelle und kollektive) Fähigkeiten und Ressourcen fördert und aktiviert, um diese für die selbstbestimmte Lebensführung nutzbar zu machen. Dabei ist zu beachten, dass der Begriff des Empowerments in seiner Methodologie differenziert betrachtet werden muss und vor dem Hintergrund von Erfahrungskonvergenzen (in Abgrenzung zum sozialarbeiterischen Handlungskonzept) sich hier auf einen Ansatz von und für negativ von Rassismus betroffenen Menschen bezieht. Weitere Informationen finden Sie [hier](#). **OBR**

In dieser Hinsicht kann der Beratungsprozess Betroffene rechter Gewalt dabei unterstützen, eine starke identitäre Selbstverortung als Teil einer von Gewalt betroffenen Gruppe auszubilden, die das Moment kollektiver Handlungsfähigkeit bietet und ein positives Selbstbild initiieren kann. Die Ressourcen und Potentiale eines Menschen können somit zum Ausgangs- und Mittelpunkt für individuelle und gesellschaftliche Veränderungsprozesse gemacht werden, damit die Perspektiven, Forderungen und Expertisen von Betroffenen in der Dominanzgesellschaft endlich wahrgenommen und im gesellschaftspolitischen Diskurs über die extreme Rechte, Rassismus und Antisemitismus in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung gestellt werden.

Dieser Artikel ist eine verkürzte Version für den Abdruck in dieser Ausgabe des Magazins *Hinsehen*. Die vollständige Version wird voraussichtlich zum geplanten Erscheinungsdatum am 21.10.2021 hier zu lesen sein: Christoph Gille/Birgit Jagusch/Yasmine Chehata (Hg.) (2021): Die extreme Rechte in der Sozialen Arbeit. Grundlagen – Arbeitsfelder – Handlungsmöglichkeiten. Weinheim Basel: Beltz Juventa.

Das Beratungsteam der OBR

Dieser Text orientiert sich an einem Artikel in der folgenden Publikation: Gesa Köbberling (2018): Beratung von Opfern rechter und rassistischer Gewalt. Herausforderungen Sozialer Arbeit zwischen individueller Hilfe und politischer Intervention, Bielefeld.



Rechte Gewalt in NRW bleibt trotz Pandemie auf hohem Niveau

Seit mehreren Jahren führen die Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in NRW ein unabhängiges Monitoring rechter Gewalt durch, um das Ausmaß der Angriffe sichtbar zu machen, die Perspektiven der Betroffenen zu stärken und die Solidarität mit den Betroffenengruppen zu befördern. Die Ergebnisse werden jährlich im Frühjahr rückblickend für das Vorjahr veröffentlicht. Wir dokumentieren an dieser Stelle die Pressemitteilung von OBR und BackUp vom 13. April 2021:

Im vergangenen Jahr wurden in Nordrhein-Westfalen (NRW) 198 rechte Gewalttaten gegen mindestens 267 direkt betroffene Menschen verübt, darunter auch Kinder und Jugendliche. Dies ist das Ergebnis der Jahresstatistik 2020 von Opferberatung Rheinland (OBR) und BackUp, den beiden Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer, antisemitischer und anderer menschenfeindlich motivierter (kurz: rechter) Gewalt in NRW.

Trotz Shutdown und Social Distancing verzeichnen die Beratungsstellen in ihrem Monitoring für das Jahr 2020 ein nahezu unverändert hohes Niveau rechter Gewalttaten (Rückgang um nur 2 Prozent). Rassistisch motivierte Gewalt nimmt weiter zu, die Anzahl rechter Angriffe gegen politische Gegner:innen bleibt hoch. Doppelt so viele Angriffe gab es jeweils im Umfeld von Demonstrationen und auf Journalist:innen. Eine versuchte Tötung, 166 Körperverletzungsdelikte (davon mindestens 47 gefährliche) und 22 massive Bedrohungen wurden registriert.

Unverkennbar sind Kontinuitäten trotz der Ausnahme-situation: Rassistische Gewalt bleibt ein schwerwiegendes Problem in NRW. 2020 war Rassismus weiterhin das mit großem Abstand häufigste Tatmotiv – bei steigender Tendenz. 138 der insgesamt 198 Taten (69 Prozent) wurden aus rassistischen Motiven heraus begangen. Die verschiedenen Formen rassistischer Gewalt zeigen sich in Angriffen gegen geflüchtete Personen (23), Sinti:zze und Rom:nja (8), in Form von anti-Schwarzem Rassismus (27) sowie anti-muslimischem Rassismus (18). Weiterhin gilt: Die überwiegende Mehrheit der dokumentierten An-

griffe auf Kinder (86 Prozent) und Jugendliche (80 Prozent) war rassistisch motiviert.

Den Beratungsstellen werden immer mehr Angriffe im direkten Wohnumfeld bekannt. Dieser Trend zeigte sich schon in den Vorjahren. Seit 2017 hat hier nahezu eine Verzehnfachung stattgefunden – mit 19 Angriffen im Jahr 2020. Pandemie-Bedingungen und die Verlagerung des Alltags vieler Menschen in den privaten Nahbereich haben die Folgen für Betroffene noch einmal verstärkt. „Nicht nur während einer Pandemie erfüllt der persönliche Wohnraum häufig eine besondere Schutz- und Rückzugsfunktion“, so Birgit Rheims (OBR). „Wenn dieser sensible Ort aber Ziel von Angriffen wird, kann das Sicherheitsgefühl im eigenen Zuhause massiv erschüttert werden und bei den Betroffenen zu einem chronisch hohen Stresslevel mit gravierenden gesundheitlichen Folgen führen.“

2020 wurden 13 Angriffe im Umfeld von Demonstrationen verübt, mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr. Die meisten dieser Angriffe fanden im Zusammenhang mit Protesten gegen staatliche Corona-Schutzmaßnahmen statt, viele der Betroffenen waren Medienvertreter:innen. „Es ist besorgniserregend, wie viele Journalist:innen 2020 angegriffen wurden. Wir brauchen kritische Berichterstattung, auch auf Demonstrationen, um beispielsweise antisemitische Einstellungen sichtbar zu machen“, sagt Sabrina Carrasco Heiermann (BackUp).

Bisher überhörte Forderungen werden weiter aufrechterhalten: „Für die Bekämpfung rechter Gewalt ist es aus Sicht der Beratungsstellen unumgänglich, die Forderungen und Perspektiven von Betroffenen aus der Peripherie ins Zentrum der Debatte zu rücken“, so Birgit Rheims und Sabrina Carrasco Heiermann. „Nach Black Lives Matter und Hanau bleibt auch 2021 der Ruf nach Sicherheitsbehörden, die über Wissen und Sensibilität im Kontext verschiedener Ungleichwertigkeitsvorstellungen in unserer Gesellschaft verfügen und denen Betroffene rechter Gewalt vertrauen können.“

In einem Hintergrundpapier erläutern und illustrieren die Beratungsstellen aktuelle Entwicklungen.

Darüber hinaus werden die Grundlagen und Herausforderungen des Monitorings beschrieben. Selbstkritisch wird hier auch angemerkt, dass das Ausmaß der Gewalt trotz intensiver Recherchen immer noch weitgehend im Dunkeln liegt und die erhobenen Daten vermutlich nur die Spitze des Eisberges sind. Deshalb begrüßen OBR und BackUp ausdrücklich Planungen des Landes NRW, so schnell wie möglich unabhängige Meldestellen für Betroffene rassistischer und antisemitischer Gewalt zu realisieren, die das Dunkelfeld weiter erhellen können. Die Bitte an alle direkt oder indirekt Betroffenen, den Beratungsstellen Fälle rechter, rassistischer, antisemitischer und anderer menschenfeindlicher Gewalt zur Kenntnis zu bringen, bleibt bestehen. Dies kann zum Beispiel über eine direkte Kontaktaufnahme oder dem [Meldeformular](#) auf der Webseite erfolgen.

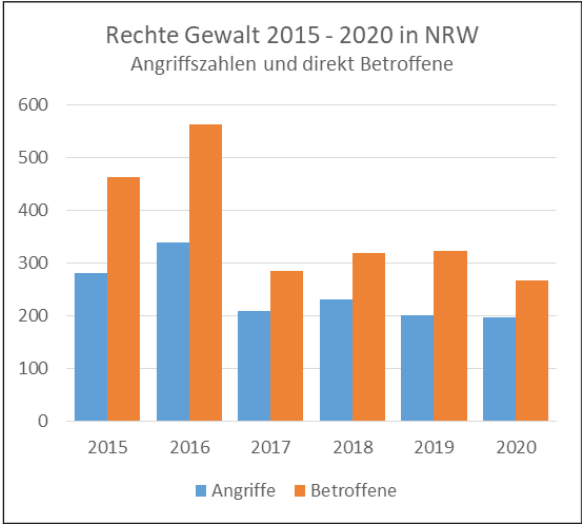


Abb. 1: Rechte Gewalt 2015-2020

Rechte Gewalt in NRW 2020
Jahresstatistik von OBR und BackUp

OBR
Opferberatung Rheinland

198 Angriffe

mit **267** direkt Betroffenen

138 rassistisch motivierte Taten

43 Taten gegen politische Gegner*innen

8 antisemitisch motivierte Taten

9 Taten mit anderen menschenfeindlichen Motiven

1 versuchte Tötung 165 Körperverletzungen

22 massive Bedrohungen/Nötigungen

2 massive Sachbeschädigungen 5 Brandstiftungen

3 sonstige Gewalttaten

Gefördert von

Im Rahmen des Bundesprogramms

Abb. 2: Rechte Gewalt in NRW 2020

Das Monitoringteam der OBR



Jüdische Perspektiven in der Bildungsarbeit sichtbar machen

Oft bleiben Jüdinnen:Juden in Diskursen rund um einen ► **intersektionalen**, feministischen Aktivismus unsichtbar. Obwohl Antisemitismus ein globales Problem ist, werden jüdische Perspektiven in feministischer und antirassistischer Arbeit regelmäßig ausgeblendet. Politische Bildungsarbeit – auch Bildungsarbeit mit einem Fokus auf Feminismus und Rassismuskritik – schafft es oft nicht, Antisemitismuskritik erfolgreich einzubeziehen. Im deutschsprachigen Raum gibt es bisher nur wenige Angebote, welche die Bildungsarbeit gegen Antisemitismus mit einer intersektionalen, queer-feministischen Perspektive verbinden. Aus diesem Grund haben wir Anfang 2020 unsere Bildungsinitiative Jüdisch & Intersektional – Initiative für kritische Bildungsarbeit konzipiert und gegründet. Bereits vorher waren wir im akademischen Bereich und auch in aktivistischen Kontexten aktiv. Gleichzeitig herrschte eine große Frustration, dass in diesem Umfeld jüdische Menschen und Lebensrealitäten oft unsichtbar bleiben.

► **Intersektionalität** ist ein Begriff, der das Zusammenwirken mehrerer Unterdrückungsmechanismen beschreibt. Er wird sowohl in der wissenschaftlichen Forschung als auch in pädagogischen, bildungspolitischen und aktivistischen Zusammenhängen benutzt. Weitere Informationen und Beispiele finden Sie [hier](#). **OBR**

Bisher gibt es nur wenige Ansätze, die Bildungsarbeit gegen Antisemitismus mit einer intersektionalen, queer-feministischen Perspektive verbinden – insbesondere solche, die von Jüdinnen:Juden selbst durchgeführt werden. Hier setzt unser Projekt an. Wir wollen am Schnittpunkt von jüdischem Erfahrungswissen, politischen Diskursen und künstlerisch-aktivistischer Praxis agieren. Bei Jüdisch & Intersektional bieten wir neben Informationen auch Handlungsstrategien und Lösungsansätze gegen Antisemitismus. Durch interaktive Übungen und Gespräche wird so ein Raum zur Selbstreflexion geschaffen. Gleichzeitig bietet Jüdisch & Intersektional eine Beratungs- und Anlaufstelle, um etwa Veranstaltungen mit besonderem Fokus auf Antisemitismuskritik durchzuführen.

Unser Ziel ist es, mit einem intersektionalen Ansatz für Antisemitismus zu sensibilisieren. Wir wollen Jüdinnen:Juden in feministischen, aktivistischen und anti-rassistischen Kontexten Sichtbarkeit verleihen und somit auch bisher fehlende Empowermentarbeit leisten. Dafür bieten wir Workshops, Vorträge und Beratungsangebote zu verschiedenen Themen an. Diese richten sich einerseits an nicht-jüdische Menschen, die etwa in feministischen und/oder anti-rassistischen Kontexten und der politischen Bildung aktiv sind. Wir bieten aber auch Bildungs- und Austauschangebote zum Thema Intersektionalität und jüdischer Identitäten in safer spaces für Jüdinnen:Juden an.

Unsere Erfahrung zeigt, dass die Angebote schnell ausgebucht sind. Dies liegt auch daran, dass es in Deutschland bis heute kaum vergleichbare Bildungsangebote gibt. Vielen Bildungstrainer:innen oder Aktivist:innen fehlt eine zeitgenössische Auseinandersetzung mit Antisemitismus. Diese wird oft in den Bereich der schulischen Bildung oder Erinnerungsarbeit gelegt. Zwar ist diese Arbeit ohne Zweifel sehr wichtig, jedoch wird dabei selten eine Brücke zum heutigen Kontext geschlagen. Diese Form der antisemitismuskritischen Arbeit lässt die Perspektiven und Lebensrealitäten jüdischer Menschen oft außen vor. Außerdem wird regelmäßig auch in einem vermeintlich progressiven Umfeld Antisemitismus reproduziert, hier spielt etwa israelbezogener Antisemitismus eine Rolle. Unser Projekt sehen wir als Möglichkeit über Themen wie die Chancen und Probleme des politischen Aktivismus für jüdische Menschen, jüdische Diversität und das Verhältnis von Antisemitismuskritik und Antirassismus weiterzubilden.

Unsere Workshops und Vorträge zeigen, dass gerade im Bereich Antisemitismuskritik viel Unsicherheit und fast Berührungsscheu herrscht, da viele Aktivist:innen dieses Thema als sehr komplex erachten.

Grund hierfür ist neben der tatsächlichen Komplexität des Themas auch die fehlende Sichtbarmachung von zeitgenössischen jüdischen Perspektiven. Viele jüdische Menschen sind in aktivistischen Bündnissen aufgrund von Antise-

mitismuserfahrungen und/oder diversen Ausschlüssen nicht vertreten oder willkommen und so ergibt sich für einige aktivistische Gruppen auch ein fehlendes Bewusstsein, um sich mit dem Thema Antisemitismus auseinanderzusetzen. Jüdinnen:Juden wird oft vorgeworfen, sich nicht ausreichend aktivistisch zu betätigen. Aber für viele Jüdinnen:Juden sind nicht-jüdische aktivistische Räume, keine sicheren Räume.

Auch jüdische Menschen in unseren Empowerment-Workshops beklagen oft fehlende Sichtbarkeit und vor allem fehlende Räume. Aufgrund von Außenzuschreibungen ist es für viele nicht möglich, sich selbstbestimmt mit ihrer jüdischen Identität auseinanderzusetzen, gerade wenn diese mit anderen Identitätsdimensionen verwoben ist. Deshalb stellt das Konzept der Intersektionalität für uns einen produktiven Weg dar, sich dem Phänomen des Antisemitismus zu nähern, denn wie alle anderen Identitäten sind auch die Identitäten jüdischer Menschen mehrdimensional. Antisemitismus tritt mit anderen Formen von Unterdrückung auf, auch wenn sich etwa die Sprache, in der sich Antisemitismus äußert,

in vielen Punkten von der Sprache, in der sich beispielsweise Rassismus äußert, unterscheidet. Diese Differenzen und Nuancen, aber auch Verbindungen zwischen einzelnen Formen der Unterdrückung, gilt es aufzuzeigen. Das Problem liegt nicht am Konzept der Intersektionalität selbst, sondern an vielen Aktivist:innen, die – teils auch aus unbewussten antisemitischen Ressentiments – jüdische Menschen ausschließen. Wir wollen dies ändern.

**Ina Holey & Miriam Yosef
Jüdisch & Intersektional –
Initiative für kritische Bildungsarbeit**

Autor:innenbeschreibung:

Ina Holey und **Miriam Yosef** haben die Initiative Jüdisch & Intersektional – Initiative für kritische Bildungsarbeit gegründet. Mit Workshops, Vorträgen und Beratungsangeboten sollen Jüdinnen:Juden in feministischen Kontexten Sichtbarkeit erlangen und antisemitismuskritische Bildungsarbeit geleistet werden.



Lesenswerte Medientipps

Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): Zivilgesellschaftliches Lagebild Antisemitismus Deutschland, Berlin 2020

Bundeszentrale politische Bildung (Hg.): Kritische Auseinandersetzung mit Antisemitismus, Bonn 2021

Bildungsmaterialien

Anders Denken: Die Onlineplattform für Antisemitismuskritik und Bildungsarbeit. Antisemitismus – Was tun?

Gedenkstätte Bergen-Belsen: Handlungsempfehlungen Antisemitismus im Fußball

KIqA e. V. – Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus: Widerspruchstoleranz

SABRA – Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit Beratung bei Rassismus und Antisemitismus: Virtueller Methodenkoffer gegen Antisemitismus (MALMAD)

Sehenswerte Medientipps

Filmakademie Baden-Württemberg: MASEL TOV COCKTAIL (Kurzfilm von Arkadij Khaet/Mickey Paatzsch, Deutschland, 2020)

Fluter – Magazin der Bundeszentrale für politische Bildung: „Halle geht uns alle an“ (Film von Thilo Gundelach, Deutschland, 2020)

Hörenswerte Medientipps

Amadeo-Antonio-Stiftung: Zweiteilige Podcastserie zum Thema „Kontinuitäten des Antisemitismus“ vom 29.12.2020

Jüdisches Leben in Deutschland: JLID Podcast vom 06.01.2021

NSU Watch und VBRG: Podcastserie Folge #7 und #8: „Der Anschlag von Halle. Teil 1“ vom 25.05.2020 und „Der Anschlag von Halle. Teil 2“ vom 10.06.2020

Informationsstellen

ADIRA – Antidiskriminierungsberatung und Intervention bei Antisemitismus und Rassismus Dortmund

Amadeu Antonio Stiftung Berlin

Anne Frank Zentrum e. V. – Koordinierungsstelle des Kompetenznetzwerks Antisemitismus Berlin

Bildungsstätte Anne Frank e. V. Frankfurt

Fachstelle [m²] miteinander mittendrin – Für Demokratie – Gegen Antisemitismus und Rassismus Köln

Initiative 9. Oktober Halle

KIqA e. V. – Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus

OFEK e. V. – Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung

RIAS e. V. – Bundesverband der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin

SABRA – Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit Beratung bei Rassismus und Antisemitismus Düsseldorf

Hinweise für Betroffene

Bozay, Kemal/Serpil Güner/Orhan Mançitay/Funda Göçer (Hrsg.) (2021): Damit wir atmen können! Migrantische Stimmen zu Rassismus, rassistischer Gewalt und Gegenwehr. Köln: PappyRossa Verlag.

Bundesverband Mobile Beratung (BMB)/Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) e. V. (Hg.) (2021): Ratgeber zum Umgang mit rechten Angriffen und Bedrohungen für Kommunalpolitiker*innen und Kommunalverwaltungen. Online.

Cholia, Kaur Harpreet; Jänicke, Christin (Hg.) (2021): Unentbehrlich: Solidarität mit Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Münster: Edition Assemblage.

Impressum

**Online-Magazin „Hinsehen“ der OBR
Magazin Nr. 2
1/2021**

Copyright © 2021
Redaktionsschluss: 05.05.2021
Düsseldorf, Mai 2021

Herausgeber:

Opferberatung Rheinland (OBR) – Beratung und Unterstützung
für Betroffene rechtsextremer und rassistischer Gewalt
c/o IDA-NRW
Volmerswerther Straße 20 | 40221 Düsseldorf

[info\[at\]opferberatung-rheinland.de](mailto:info[at]opferberatung-rheinland.de)
www.opferberatung-rheinland.de

Tel: 02 11 / 1 57 60 52-66
Fax: 02 11 / 15 92 55-69

Redaktion: Team der Opferberatung Rheinland
V.i.S.d.P.: Ansgar Drücker (Geschäftsführer IDA e. V.)
Layout: Doris Busch Grafikdesign

Informationen ohne Quellenangabe sind unterschiedlichen
Mitglieds- oder Verbandszeitschriften, Websites sowie Presse-
meldungen entnommen.

Datenschutz

Wir haben zum Versenden des Online-Magazins Ihre E-Mail-
Adresse (und ggf. weitere personenbezogene Daten) gespeichert.
Wir nutzen die gespeicherten Kontaktdaten nur, um Ihnen das
Online-Magazin zukommen zu lassen.

Wenn Sie das Online-Magazin nicht mehr von uns erhalten
möchten, können Sie dieses jederzeit abbestellen, indem Sie
uns eine formlose E-Mail an [info\[at\]opferberatung-rheinland.de](mailto:info[at]opferberatung-rheinland.de)
senden. Wir werden die Adresse dann aus dem Verteiler entfernen.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

Ministerium für
Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen



demokratie
leben

Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen

